

E\$\$O – Global Player ohne Skrupel

Der Ölmulti Esso missbraucht seine geballte Wirtschaftsmacht gegen Klimaschutz, Umweltinteressen und Menschenrechte.

Die Macht multinationaler Konzerne ist heute, in Zeiten der Globalisierung, größer als je zuvor. Insbesondere seit Mitte der 90er Jahre sind durch Firmenfusionen Konzerngiganten entstanden. Unter den 50 größten Unternehmen weltweit finden sich die Global Player ExxonMobil, Shell, BP Amoco, TOTAL und Chevron Texaco. Der Ölmulti ExxonMobil (in Europa: Esso) ist zurzeit zweitgrößter Konzern weltweit.

Erdöl ist das Schmiermittel der westlichen Zivilisation. In den Industrieländern wird das Öl verheizt. Die Ölreserven jedoch befinden sich überwiegend in anderen Teilen der Welt und dabei häufig auf dem Land von Minderheiten und indigenen Völkern. Diese haben kaum Chancen, sich gegen die Übermacht der Riesenkonzerne zur Wehr zu setzen. Die Global Player diktieren ganzen Regierungen ihre Bedingungen – ohne Rücksicht auf Menschenrechte und Umweltschutz. Der gnadenlose Wettstreit um die Ausbeutung der Ressourcen und die Gewinnmaximierung geben den Kurs vor.

Öl, Macht und Politik

Unter den 100 größten wirtschaftlichen Einheiten der Welt sind mittlerweile 52 Konzerne, und nur noch 48 Staaten. Die 15 größten Unternehmen der Welt besitzen, gemessen am Wert ihrer Umsätze, mehr Wirtschaftsmacht als die 60 ärmsten Staaten der Welt. Die Ölkonzerne führen die Hitliste der Giganten an. Esso hat einen Umsatz von 228 Milliarden US-Dollar, etwa so groß wie das Bruttoinlandsprodukt von Schweden (238 Mrd. US Dollar).

Esso ist laut Spiegel die „größte privat-wirtschaftliche Macht der Weltpolitik“. Diese geballte Wirtschaftskraft missbraucht der Konzern dazu, die eigenen Interessen durchzu-

setzen. Und die lauten nun einmal „Öl fördern, Öl verarbeiten, Öl verkaufen“. Als größter Erdölkonzern ist Esso in über 200 Regionen der Erde tätig, jedes Jahr spielt der Ölgigant mit dem Verkauf fossiler Energieträger zweistellige Milliarden Gewinne auf Kosten von Umwelt und Klimaschutz ein.

Etwa ein Prozent der Konzerne investieren ca. 50 Prozent der Auslandsdirektinvestitionen (ADI), darunter ist die Ölindustrie mit an vorderster Stelle. Und diese Investitionen sollen durch internationale Handelsabkommen uneingeschränkt Rechte zugestanden werden. Rechte, die ursprünglich Menschen zugestanden wurden, werden jetzt auf die Wirtschaft angewandt. Der Schutz von Auslandsinvestitionen der Konzerne soll über den Schutz der Lebensgrundlagen der Menschen gestellt werden. Persönliche Grundrechte werden so entwertet und den Rechten der Wirtschaft Vorrang eingeräumt.

Diese Globalisierung, die weiter zum grenzenlosen Machtzuwachs von Konzernen führt, lehnt Greenpeace ab. Eine uneingeschränkte Vorherrschaft von Wirtschafts- und Handelsregeln, die Umweltschutz, Menschen- und Sozialrechte nur in Ausnahmefällen berücksichtigen, ist inakzeptabel.

E\$\$O: Klimakiller Nr. 1

„Kein Politiker in den USA kann und will Kyoto umsetzen. Unsere Wirtschaft würde sonst am Krückstock gehen“. So deutlich formulierte Lee Raymond, Präsident von Esso im Januar 2002 das Diktat des weltgrößten Ölkonzerns an die Politik. Der Ölmulti stellt den allgemein akzeptierten wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel in Frage und will so Öffentlichkeit und Politiker irreführen. Nicht zuletzt auf Grund der

Lobbyarbeit von Esso ist die Bush-Regierung aus dem Kyoto-Abkommen ausgestiegen.

Im Juni 2001 stimmte die internationale Staatengemeinschaft einem Abkommen zum Schutz des Klimas, dem Kyoto-Protokoll, zu. Mit Ausnahme der USA, die allein für 25 Prozent des weltweiten Ausstoßes von Kohlendioxid verantwortlich sind.

Esso macht mit dem Verkauf von Öl Milliardengeschäfte. Gleichzeitig bestreitet der Konzern seit Jahren vehement, dass die Verbrennung von Öl etwas mit dem Klimawandel zu tun hat.

Andere Ölfirmen erkennen zunehmend, dass ihr Überleben nur in Förderung und Ausbau erneuerbarer Energien liegen kann - schon wegen der Endlichkeit aller fossilen Energiequellen. Esso hingegen weigert sich bis heute, in zukunftsfähige Energien zu investieren.

Auf der Abschussliste von E\$O: Klimaforscher Dr. Robert Watson

Ein im Februar 2001 von Esso an US-Präsident George Bush gesendetes Fax führt die Verwicklungen des Konzerns mit der Weltmacht USA mehr als deutlich vor Augen. In diesem Fax legt der Konzern der damals gerade neu gewählten Regierung seine Wünsche bezüglich des Austauschs unbequemer Wissenschaftler in Schlüsselpositionen dar.

Dr. Robert Watson, der dem IPCC¹-Gremium seit 1996 vorstand und die Zusammenhänge zwischen der Verbrennung fossiler Energieträger und der sich immer deutlicher abzeichnenden Klimaverschiebung benannte, stand ganz oben auf der Liste: Ein eindeutiger Angriff auf die Effektivität und die Glaubwürdigkeit des IPCC von Industrieseite.

Der im April 2002 neu gewählte, von Esso und damit von den USA gewünschte Nachfolger heißt Rajendra Pachauri. Der als industriefreundlich zu bezeichnende Ingenieur und Ökonom aus Indien dürfte den Konzernwünschen der Erdölindustrie sowie den USA wohl besser ins Konzept passen. Der Seriosität

¹ IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change, Zwischenstaatlicher Ausschuss über Klimaänderungen

wissenschaftlicher Gremien wird dieser Schachzug nicht zugute kommen.

Öl-Lobbyisten gegen Bushs Teilnahme am UN-Gipfel

Das Kyoto Protokoll ist nach Meinung von Esso „fatal politisiert“. Der Konzern plädiert für freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie.

Am 2. August 2002, im Vorfeld des UN-Weltgipfels in Johannesburg/Südafrika, schrieben von Esso finanzierte Öl-Lobbyisten in einem Brief an US-Präsident George Bush:

„Wir begrüßen Ihre Entscheidung, nicht persönlich teilzunehmen... Der Weltgipfel wird nur eine Medienplattform sein für einige der unverantwortlichsten und zerstörerischsten Elemente in kritischen wirtschaftlichen und ökologischen Fragen. Ihre Anwesenheit würde nur dazu beitragen, gegen die Freiheit, gegen die Menschen, gegen die Globalisierung und gegen den Westen gerichtetes Gedankengut zu verbreiten. (...) Die potenzielle globale Erwärmung ist das unwichtigste globale Umweltproblem. Wir hoffen, dass Ihre Verhandlungsführer [in Johannesburg] dafür sorgen, dass dieses Thema erst gar nicht auf die Agenda kommt.“

Die USA haben schon vor Beginn der Verhandlungen in Johannesburg klar gestellt, dass sie keine international verbindlichen Übereinkommen unterzeichnen werden.

[Zitat aus: The Times, London, 16. August 2002]

Ein „Kyoto“ auch für die Ölkonzerne

Ende Mai haben die 15 Mitgliedsstaaten der EU ihre Ratifikationsurkunden zum Kyoto-Protokoll bei den Vereinten Nationen übergeben. Jetzt sind entsprechende Maßnahmen auch von den großen Ölfirmen gefragt. Nationalstaatliche Klimapolitik kann nur erfolgreich sein, wenn auch die Konzerne eine aktive Rolle bei der Bewältigung des Klimaproblems übernehmen. Ölfirmen müssen sich in vergleichbarer Weise ihrer Verantwortung zur Senkung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen stellen, wie es die Industriestaaten im Klimaschutzabkommen von Kyoto getan haben.

Greenpeace fordert deshalb, dass sich die Ölkonzerne Esso, Shell, BP und TOTAL verpflichten, bis zum Jahr 2012 mindestens fünf Prozent der von ihnen verantworteten Treibhausgasemissionen durch Investitionen in erneuerbare Energien zu vermeiden.

Um dieses Ziel zu erreichen, empfehlen Wissenschaftler des Wuppertaler Instituts in der Studie „Mineralölkonzerne und Klimazerstörung“ vom Juni 2002, statt weiter Öl und Gas zu fördern, einen Umstieg auf einen Mix aus Solar, Wind, Wasser, Biomasse und Kraftwärmekopplung. Das dafür erforderliche Investitionsvolumen der vier Ölfirmen beläuft sich auf 70 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre, also sieben Milliarden Euro pro Jahr.

Milliarden Gewinne – Null Verantwortung für die Umwelt

Förderung, Transport und Verbrauch der fossilen Energien bringt zahlreiche Umweltprobleme und finanzielle Schäden mit sich, die bisher die Allgemeinheit tragen muss.

Die **Verbrennung von Öl, Kohle und Gas** ist mitverantwortlich für die Häufigkeit und Intensität von Wetterextremen. Die Kosten des Oder-Hochwassers 1997 lagen allein in Deutschland bei 1,5 bis 2 Milliarden Euro. Die Schäden der Jahrhundertflut 2002 an Elbe und Donau liegen in zweistelliger Milliardenhöhe.

Förderung und Transport von Öl führen immer wieder zur Verseuchung ganzer Ökosysteme:

Wenn **Pipelines** lecken oder brechen, verseucht das Öl ganze Regionen und die Lebensräume versinken in riesigen Ölseen (Beispiele: Russland, Nigeria, Ecuador). Esso hat gerade eine neue Öl-Pipeline durch Zentralafrika gebaut. Vom Tschad bringt sie Öl an die Atlantikküste Kameruns. Das Projekt bedroht den Urwald und die dort beheimateten Pygmäen.

Wenn **Öl-Tanker** auf Grund laufen oder in Unfälle mit anderen Schiffen verwickelt werden, fallen Tausende Vögel der Ölpest zum Opfer. Beispiel: 1989 lief der Öltanker „Exxon Valdez“ im Prince William Sound (Alaska) auf Grund. Knapp 40.000 Tonnen Rohöl flossen ins Meer. Allein 250.000 Seevögel und 3.500

Seeotter fielen den öligen Massen zum Opfer. Esso wurde 1994 zur Zahlung von fünf Milliarden US-Dollar verurteilt. 40.000 Fischer und Einwohner Alaskas hatten gegen den Konzern 1994 geklagt. Esso focht die Zahlung der Geldstrafe jedoch erfolgreich an. Für die Beseitigung der Schäden sind bisher lediglich 1,2 Milliarden Dollar geflossen.

Vor der Halbinsel Sachalin an der russischen Pazifikküste sind die letzten Grauwale durch die Projekte der Ölindustrie, insbesondere von Esso, in Gefahr. Hier liegt nach Einschätzung vieler Ölkonzerne eine der profitträchtigsten Öl- und Gasregionen der Welt. Greenpeace fordert, ein Walschutzgebiet einzurichten. Jegliche Störung der Meeressäuger durch seismische Untersuchungen oder Förderanlagen muss unterbleiben.

E\$\$O tritt Menschenrechte mit Füßen

Der Konzern lehnt es ab, Verantwortung zu übernehmen und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, die immer wieder im Zusammenhang mit Erdölprojekten des Konzerns in anderen Ländern begangen werden. Stattdessen arbeitet der Ölmulti mit diktatorischen und korrupten Staaten zusammen, die Menschenrechte mit Füßen treten, zugunsten seines eigenen Profits.

Esso nimmt in Kauf, dass die polizeilichen oder militärischen Sicherheitskräfte, welche zum Schutz seiner Anlagen im Ausland bestellt sind, schwerste Menschenrechtsverletzungen verüben. Esso missachtet, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte jedem einzelnen und allen Organen der Gesellschaft, also auch den Unternehmen, die Verpflichtung übertragen hat, die Menschenrechte durchzusetzen.

Aufgrund einer Initiative der britischen und der US-amerikanischen Regierung kamen im Dezember 2000 Nichtregierungsorganisationen, Regierungen und Unternehmen zusammen, um rechtlich unverbindliche Prinzipien für multinationale Rohstoffunternehmen zu verabschieden, mit dem Ziel, das Risiko von Menschenrechtsverletzungen zu minimieren, wenn diese multinationalen Unternehmen im Ausland ope-

rieren. Esso, der weltgrößte Ölkonzern, weigerte sich die Richtlinien trotz dessen rechtlicher Unverbindlichkeit zu unterzeichnen.

E\$\$O in Indonesien

Esso betreibt in der indonesischen Provinz Aceh in Nord-Sumatra das Arun Gasfeld, eine Region, in der eine separatistische Bewegung seit Jahren nach Unabhängigkeit strebt. Die reichen Ressourcen dieser Region werden ohne Beteiligung der Bevölkerung ausgebeutet. Immer wieder berichteten Nichtregierungsorganisationen über schwerste Menschenrechtsverletzungen, wie Folter, Mord, Entführung, welche die Soldaten in Aceh an Zivilisten verübten. Alleine im letzten Jahr wurden 800 Menschen in der Region getötet.

Für den Schutz seiner Anlagen beauftragte und bezahlte der Konzern eine Armeeeinheit des indonesischen Militärs, Tantra Nasional Indonesia. Den Verantwortlichen des Konzerns war bekannt, dass diese Armeeeinheit und das indonesische Militär besonders brutal mit ethnischen Minderheiten in Indonesien umgehen.

Die Nichtregierungsorganisation, „International Labor Rights Fund“, mit Sitz in Washington, reichte im Juni 2001 im Namen von elf Indonesiern aus der Region Aceh Klage gegen Esso vor dem amerikanischen Bundesgericht von Columbia ein. Die Indonesier werfen dem Konzern die Mittäterschaft bei schwersten Menschenrechtsverletzungen vor, die indonesische Soldaten im Zuge des Schutzes der Anlagen begangen haben sollen. Die Soldaten haben Zivilisten ermordet, gefoltert, entführt und sexuelle Gewalt an ihnen verübt. Dabei sollen die zum Schutz der Esso-Raffinerie abgestellten Soldaten von Esso Unternehmensgebäude als Folterzentren und Bagger zum Ausheben von Massengräbern benutzt haben. Esso wird vorgeworfen die Armeeeinheit logistisch und materiell unterstützt und dabei nichts unternommen zu haben, um zu verhindern, dass die Soldaten sich so brutal verhalten. Im Gegenteil, der Konzern habe sogar um Verstärkung der Truppen gebeten.

Auf der jährlichen Aktionärsversammlung von Esso rief der Aktionist und Indonesier Radhi Darmansyah zu einer Beendigung der Gewalt in Aceh auf. Er sagte, dass in Aceh seine Brüder und Schwestern ermordet

werden, als sein Mikrophon ausgestellt wurde und Lee Raymond, der Präsident von Esso, ihm kühl mitteilte, er könne nächstes Mal wiederkommen - sprich in einem Jahr.

E\$\$O in Angola

In Angola herrscht seit langem ein brutaler Bürgerkrieg zwischen der MPLA-Regierung und den UNITA-Rebellen. Auf Seiten der MPLA-Regierung kämpfen schätzungsweise 2.000 Kindersoldaten, rekrutiert werden auch schon 13jährige. Drei Viertel der Bevölkerung müssen in absoluter Armut mit weniger als einem US Dollar am Tag überleben. Über 30 Prozent der Kinder sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. Alle drei Minuten stirbt ein Kind an einer vermeidbaren Krankheit oder wegen Unterernährung. Statt Geld in das Gesundheitswesen zu stecken, gibt die Regierung täglich eine Million US Dollar für den Krieg aus. 90 Prozent der staatlichen Exporteinnahmen stammen aus dem Erdölgeschäft. Die angolanischen Erdölvorkommen werden von multinationalen Ölunternehmen, insbesondere von Esso, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung ausgebeutet. Nach eigenen Angaben gehört Angola zu den hoffnungsvollsten neuen Fördergebieten von Esso.

Nachdem 1998 der Ölpreis fiel, vergab Präsident José Eduardo dos Santos drei Tiefseeblocks vor der Küste Angolas mehrheitlich an die Konzerne Esso, BP Amoco und Elf Aquitaine. Die Erdölförderlizenzen haben 870 Millionen U.S. Dollar in die Kassen der angolanischen Regierung gespült. Das Geld war nach Aussagen des angolanischen Außenministers ganz offiziell für den Krieg bestimmt. Indem Esso sich nicht aus Angola zurückzieht oder zumindest darauf hinwirkt, dass auch die hungernde Bevölkerung von den Erdölgeldern profitiert, anstatt unter dem durch Erdöl finanzierten Krieg zu leiden, macht sich der Ölmulti mitverantwortlich für die humanitäre Katastrophe in diesem Land.

E\$\$O in China

Esso will sich in China am Bau einer 4.200 Kilometer langen Erdgaspipeline beteiligen, die Gas aus der autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas zu den Industrieregionen im Osten Chinas transportieren soll. Hinter

Xinjiang verbirgt sich Ostturkestan, das Land der Uiguren, das seit 1949 von China besetzt gehalten wird. Die Liste der von der chinesischen Regierung an den Uiguren begangenen Menschenrechtsverletzungen ist lang. Das Pipelineprojekt ist Teil der chinesischen „Go West“ Strategie, die darauf abzielt, die Kontrolle Chinas über die besetzten Regionen durch wirtschaftliche Entwicklung zu verstärken.

Seit dem 11. September 2001 hat China zusätzliche Polizei- und Armeeeinheiten in Xinjiang stationiert und begeht unter dem Deckmantel der Anti-Terrorismus-Allianz schwerste Menschenrechtsverletzungen. Die chinesischen Sicherheitskräfte gehen willkürlich gegen die Uiguren vor, es kommt immer wieder zu Massenverhaftungen, fast täglich werden außergerichtliche Exekutionen durchgeführt. Alleine seit 1999 wurden aus politischen Gründen 280 Uiguren hingerichtet. Zudem schickt China Han-Chinesen in die Region, um die Uiguren zu einer Minderheit im eigenen Land zu machen und mit dem Ziel, deren religiöse und kulturelle Identität zu untergraben. Während 1949 der Anteil der Han-Chinesen in Xinjiang vier Prozent ausmachte, liegt er heute schon bei 41 Prozent.

Der Erdölkonzern BP Amoco hat sich bereits wegen der weiterhin zu befürchtenden Menschenrechtsverletzungen aus dem Pipelineprojekt zurückgezogen. Esso ist nach wie vor dabei.

E\$SO in Tschad und Kamerun

Tschad und Kamerun gehören zu den ärmsten und korruptesten Ländern der Welt.

Für 3,5 Milliarden US Dollar wurde eine 1.070 Kilometer lange Pipeline gebaut, die Öl aus dem Tschad nach Kamerun an die Atlantikküste transportiert. Die Bauarbeiten haben im Oktober 2000 begonnen, seit 2003 fließt das Öl durch die Pipeline. Esso leitet das Konsortium des Projektes.

Obwohl der Präsident von Tschad, Idriss Déby, versprochen hatte, die Erdöleinnahmen für die Entwicklung des Gesundheits- und Bildungssektors zu verwenden, gab er an, dass große Teile des Geldes für die militärische Bekämpfung von Aufständischen verwendet wurden. Zudem gab die tschadische Regierung die 4,5

Millionen US Dollar Bonuszahlung des Konsortiums für den Kauf von drei Militärhubschraubern aus.

Kritiker des Erdölprojektes in Tschad und Kamerun werden mundtot gemacht. Im Juli 1998 wurde das einzige Oppositionsmitglied des tschadischen Parlaments, Yorongar Ngarlely, unter Missachtung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen zu drei Jahren Haft verurteilt, weil er ein anderes Parlamentsmitglied beschuldigte, Geld von einem Ölunternehmen genommen zu haben. Mit ihm wurden zudem zwei Journalisten verhaftet, die über die kritischen Stellungnahmen Yorongars berichtet hatten. Inzwischen wurden sie aufgrund von internationalem Druck aus der Haft entlassen. In Kamerun wurde der Herausgeber der Zeitung Le Messenger, Pius Njawa, wegen Verbreitung falscher Nachrichten inhaftiert, weil seine Zeitung kritisch über das Pipelineprojekt berichtet hatte. Die Haftbedingungen in Tschad und Kamerun sind katastrophal.

Das Öl kommt aus Ölfeldern bei Doba im Süden von Tschad, eine Region, in der ein bewaffneter Konflikt zwischen der tschadischen Regierung und oppositionellen Gruppen ausgetragen wird. Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Region beinhalten die zwangsweise Rekrutierung von Kindersoldaten, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, willkürliche Haft und Zwangsumsiedlungen. Das Bauen der Pipeline führt zu weiteren Spannungen und Menschenrechtsverletzungen.

Zudem ist die Förderregion fast identisch mit dem Siedlungsgebiet der Gambei, einer ethnischen Minderheit. Im Juli 1998 wurden ca. 200 Angehörige der Gambei von Spezialeinheiten des tschadischen Militärs getötet. Unter den Opfern waren viele Dorfälteste. Die tschadische Regierung gab an, gegen Rebellen gekämpft zu haben, es drängt sich jedoch der Verdacht auf, dass die auf den Ölfeldern lebenden Gambei vertrieben werden sollten. Kurz danach teilte die Regierung dann plötzlich mit, sie habe mit dem Anführer der Gambei Laokein Bardé, einer Rebellenorganisation, einen Friedensvertrag abgeschlossen. Allerdings tauchte seitdem weder der Anführer noch Mitglieder seiner Gruppe jemals wieder auf.

Im Tschad gibt es keine Umweltschutzgesetze, so dass in dem zuständigen Ministerium auf die

Ölunternehmen verwiesen wird. Von denen ist jedoch nicht viel zu erwarten. In einem Interview des Esso Chefs, Lee Raymond, mit dem Wall Street Journal vom 14. Oktober 1997 forderte Raymond von den „Dritte Welt Ländern“ größere Flexibilität und einen „rationalen Umweltschutz“: Umweltschützerische Kontrollen würden die Entwicklung dieser Länder bremsen und ausländische Investoren fernhalten.

Haftung für ökologische und soziale Verbrechen

Für lukrative Erdölgeschäfte werden weltweit Menschen von den Regierungen mit Gewalt vertrieben. Das Land, das Wasser und die Luft der Menschen, die ohnehin oft am Existenzminimum leben, werden verseucht. Menschen erkranken oder sterben an den Folgen der vermeidbaren Umweltverschmutzungen. Kritiker der Erdölprojekte werden eingeschüchert oder verhaftet.

Lee Raymond dazu auf der Aktionärsversammlung im Mai 2003 in Texas: „Wir investieren nicht in soziale Projekte auf Kosten der Aktionärgewinne.“ ("We don't invest to make social statements at the expense of shareholder return." (Reuters))

Um diesem rücksichtslosen Treiben ein Ende zu setzen, müssen die Regierungen dringend ein internationales Haftungsrecht in die Wege leiten.

Umweltschäden – z.B. durch die Förderung, den Transport und die Verbrennung von Öl – und erwiesene Menschenrechtsverletzungen müssen juristisch konsequent verfolgt und geahndet werden. Die Ölmultis müssen für die ökologischen und sozialen Folgen und Auswirkungen ihres Handelns zur Verantwortung gezogen werden.

Greenpeace fordert:

- Ölkonzerne müssen umdenken: Das "goldene Ölzeitalter" ist vorbei, die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien.
- Schluss mit der Lobbyarbeit gegen Kyoto. Esso muss Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen.

- Stopp der Investitionen in die fossilen Energien Öl, Kohle und Gas. Ölkonzerne müssen statt dessen in Erneuerbare Energien investieren - sieben Milliarden Euro jährlich für die nächsten zehn Jahre.
- Esso muss sich seiner sozialen und ökologischen Verantwortung stellen. Dazu gehört neben dem Klima- auch der Urwald- und Meeresschutz.
- Esso muss die Menschenrechte achten und seinen Einfluss in den Ländern nutzen, um die menschenrechtliche Situation zu verbessern, anderenfalls muss der Konzern sich aus dem jeweiligen Land zurückziehen.

Das können Sie tun:

Mit Geld kann man vieles erkaufen. Nur nicht das Wohlwollen mündiger Bürger, die die schmutzigen Tricks der großen Konzerne durchschauen.

- Mischen wir uns ein! Lassen wir nicht zu, dass Esso & Co unsere Zukunft verheizen! Machen auch Sie mit bei der Stopp-Esso-Kampagne. Wenn Proteste unzufriedener Kunden wachsen, tragen drohende Einnahmeverluste zur Verhaltensänderung bei.

Weitere Infos unter: www.stoppesso.de